

AUFSÄTZE

Udo Michallik

Schulische Bildung von Flüchtlingen – aus Sicht der Kultusministerkonferenz

1 Einleitung

Die politische Diskussion in Deutschland, in unseren Nachbarländern, ja auf dem gesamten europäischen Kontinent ist derzeit von kaum einer anderen Frage derart bestimmt wie vom Flüchtlingsthema. Bei der Fülle von Informationen, die aus Südosteuropa, der Türkei und dem Mittelmeerraum zu uns dringen, gerät allzu schnell in den Hintergrund, wie diese Menschen in unsere Gesellschaft integriert werden können.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2016, Frau Senatorin *Dr. Claudia Bogedan*, Bremen, hat das Thema „Bildung in der Zuwanderungsgesellschaft“ zu einem der Schwerpunktthemen ihrer Präsidentschaft erklärt. Gerne nutze ich daher die Gelegenheit, zum Thema „Schulische Bildung von Flüchtlingen – aus Sicht der Kultusministerkonferenz“ zu berichten.

Ich bin dankbar, dass es einen Grundkonsens in unserer Gesellschaft gibt. Dieser Konsens lautet: „Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Integration.“ Diese Aussage ist Ausdruck des Vertrauens in die Integrationsleistung durch Bildung. Sie ist aber zugleich mit einer Erwartung an das Gelingen von Bildungsanstrengungen verbunden.

Millionen Menschen fliehen weltweit vor Bürgerkrieg, Terror oder politischer Verfolgung. Die Menschen, die nach Europa kommen, hoffen hier auf eine bessere Zukunft. Viele von ihnen werden dauerhaft bleiben. Aus Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung und auf der Suche nach besseren Perspektiven für ihr Leben sind im letzten Jahr mehr als eine Millionen Menschen nach Deutschland geflohen und zugewandert.

Diese Menschen benötigen Perspektiven – und Bildung trägt wesentlich dazu bei. Etwa ein Drittel der Menschen, die im vergangenen Jahr nach Deutschland kamen, sind Kinder und Jugendliche. Mit ihrer kulturellen Vielfalt sind sie für die Schule Aufgabe und Herausforderung. Sie sind aber auch eine Chance: Chance für eine Bereicherung unserer Schulen, für eine Verjüngung unserer alternden Gesellschaft, für neue Fachkräfte in unserer Wirtschaft. Und sie sind auch eine Chance für die Weiterentwicklung von Schulen.

Im Oktober 2015 ging die Kultusministerkonferenz davon aus, dass unter Einbezug der bereits 2014 beschulten Flüchtlinge mit circa 325.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern bundesweit und folglich mit einem jährlichen Mehrbedarf von mindestens 2,3 Milliarden Euro für den Schulbereich zu rechnen sei. Das bedeutet einen zusätzlichen Bedarf von ungefähr 20.000 Lehrkräften.

2 Schulische Bildung

Nicht ohne Stolz kann ich aus allen Ländern berichten, dass die Beschulung der jungen Menschen nahezu reibungslos realisiert wird. Die Schulen haben die Aufgabe in vollem Maße angenommen. Die Kultusministerkonferenz würdigt daher ausdrücklich die enormen Anstrengungen und großen Leistungen der Akteure in allen Bildungsbereichen, insbesondere die der Schulleitungen, Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie der weiteren schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Studierenden und Hochschulangehörigen und ehrenamtlich Tätigen, die bei der Integration von schutzsuchenden Kindern und jungen Menschen in unser Bildungssystem und damit in unsere Gesellschaft mitwirken.

Wir legen großen Wert darauf, dass Bildung von Anfang an unabhängig von Aufenthaltsstatus und -dauer organisiert wird. Kinder von Asylsuchenden im schulpflichtigen Alter unterliegen in allen Ländern der Schulpflicht, teilweise mit Wartefristen. In den meisten Ländern laufen die regulären Maßnahmen zur schulischen Integration an, sobald eine Familie die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen hat und einer Kommune zugewiesen wurde. In einzelnen Ländern gibt es auch Angebote zur Beschulung in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Ich möchte an dieser Stelle auf einige Punkte eingehen, auf die es bildungspolitisch aus meiner Sicht ankommt:

2.1. Integration als Chance

Die Instrumentarien zur Integration an Schulen müssen nicht erst entwickelt werden. Methoden und Förderinstrumente, die sich in der Praxis bewährt haben, sind vorhanden: Hier sind vor allem die verschiedenen Maßnahmen zur Sprachförderung, die Achtung von Heterogenität im Klassenzimmer und die Reform der Lehrerbildung zu nennen. Vieles muss intensiviert und ausgebaut werden. Das ist aber eine andere Ausgangsposition als ein kompletter Neuanfang!

Und wir können auf Erfolgen aufbauen, die Mut machen:

- Die PISA-Ergebnisse von 2012 zeigen, dass sich das Leistungsniveau in den deutschen Schulen kontinuierlich verbessert hat. Die Ergebnisse liegen inzwischen in allen getesteten Kompetenzbereichen signifikant über dem OECD-Mittel. Dabei konnten Schüler mit Zuwanderungshintergrund ihre Leistungen überproportional verbessern.
- Mittlerweile besuchen 96 % der vierjährigen Kinder und 90 % der Kinder mit Migrationshintergrund Vorschulen und Kindergärten. Das heißt: Wir erreichen die allermeisten Kinder mit Migrationshintergrund mit den Angeboten frühkindlicher Bildung. Das ist eine ganz wichtige Integrationsleistung – auch deshalb, weil wir hier auch gezielt mit Elternarbeit ansetzen und Sprachförderung betreiben können. Wenn Bildung der Schlüssel zur Integration ist, dann ist die Aussicht auf sozialen Aufstieg die entscheidende Bildungsmotivation. Das ist eine weltweit gültige Binsenweisheit.
- Die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist gesunken: 2006 lag sie bei 8 % und 2014 bei 5,8 %. Gerade bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund konnte die Quote überproportional gemindert werden.
- Mit den Migrant*innenverbänden hat sich die Kultusministerkonferenz bereits 2007 zur gemeinsamen Bildungsverantwortung bekannt und führt seitdem einen regelmäßigen Austausch mit

den Verbänden. Den Fokus legen beide Seiten seitdem unter anderem auf die Information, Beteiligung, Unterstützung und Förderung der Eltern bei den Bildungsprozessen ihrer Kinder. Das schließt die Elternarbeit auf Klassen- und Schulebene ein.

2.2. Sprachförderung und schulische Integration

Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache und eine altersgemäße Sprachkompetenz sind unabdingbare Voraussetzungen für die erfolgreiche Integration in Schule, Beruf und Gesellschaft.

Für die schulische Integration und die Sprachförderung minderjähriger Flüchtlinge liegen in den Ländern Konzepte vor, die auf die Gegebenheiten vor Ort abgestimmt sind. Kinder von Flüchtlingen und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erwerben in Vorkursen oder Sprachlernklassen erste Deutschkenntnisse. Das Ziel ist ein rascher Übergang in das reguläre Schulsystem. Soweit, wie es möglich ist, nehmen die Kinder und Jugendlichen zeitweise auch schon am Regelunterricht teil, zum Beispiel am Sport-, Musik- oder Kunstunterricht.

Andere Länder gehen den Weg über die schnelle Integration in die Regelklassen mit ergänzender Sprachförderung. Der Erfolg der verschiedenen Ansätze hängt sicherlich von der konkreten Umsetzung und den Voraussetzungen vor Ort ab. Eine kleine Schule im ländlichen Raum wird keine eigene Sprachlernklasse einrichten können. Hier wird in der Regel der integrative Ansatz mit zusätzlicher Sprachunterstützung gewählt werden müssen. Andernorts wird die Integrationsleistung von Schulen durch eine hohe Zahl von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern gefordert sein. Nehmen Sie das Beispiel Bremen: Zwischen August 2015 und April 2016 haben die Schulen dort 2491 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Aktuell sind 7,2% der Schülerschaft in Bremen neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler aus 61 Nationen, 71% davon sind Flüchtlingskinder (vor allem aus Syrien, Irak, Serbien, Kosovo und Albanien), 29% stammen aus der Zuwanderung durch die EU-Osterweiterung, vor allem aus Polen und Bulgarien. Fast jede Bremer Schule beherbergt eine der aktuell 161 existierenden Vorbereitungsklassen.

Schulorganisatorisch ist die Eingliederung der neu zugewanderten Kinder in das schulische System eine große Herausforderung: Einerseits müssen die Raumkapazitäten für neue Vorbereitungsklassen geschaffen und neue Lehrkräfte für diese eingestellt werden. Andererseits bedeutet der Übergang dieser Kinder und Jugendlichen in das Regelsystem aber auch, dass reguläre Klassengrößen so gestaltet werden müssen, dass eine spätere Aufnahme neu zugewanderter Kinder nach Abschluss der Vorbereitungsklassen rein zahlenmäßig auch möglich wird. Dies gestaltet sich vor allem dort nicht immer konfliktfrei, wo der Bewerberdruck auch der einheimischen Bevölkerung auf bestimmte Schulen groß ist und die Auswahl nach einem Wettbewerbsprinzip geschieht.

Zur Sicherung der Qualität der Angebote für die schulische und vor allem sprachliche Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen führen die Länder einen regelmäßigen Informationsaustausch in der Kultusministerkonferenz.

Ein wichtiges Element zur Qualitätsentwicklung der sprachlichen Erstintegration ist die Einführung des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz (DSD) in mehreren Ländern. Nach einer erfolgreichen Pilotierung in Hamburg nutzen mittlerweile neun Länder dieses Instrument. Es stellt ein bundeseinheitliches Sprachzertifikat der Länder dar. Durch das DSD ist im Übrigen auch eine sehr gute länderübergreifende Zusammenarbeit über Systeme sprachlicher Erstintegration entstanden. Darüber hinaus wirkt das Ziel, die erworbenen Sprachkenntnisse auch durch ein Zertifikat belegen zu können, höchst motivierend beim Erlernen der deutschen Sprache.

Einzelne Länder haben zudem eigene qualitätssichernde Maßnahmen im Rahmen ihrer Sprachförderkonzepte entwickelt.

2.3 Gewinnung von Lehrkräften

Eine der Herausforderungen, die sich aus der großen Zahl von jungen Menschen mit Fluchthintergrund ergeben, ist die Gewinnung von Lehrkräften. Um die entsprechenden Lehrkräfte zu finden, beschreiten die Länder vielfältige Wege. Schleswig-Holstein z. B. bietet aktuell allen künftigen Lehrkräften im Vorbereitungsdienst die Möglichkeit, statt der pädagogischen Abschlussarbeit eine fundierte Fortbildung im Bereich Deutsch als Zweitsprache zu absolvieren. Dieses Angebot findet regen Zuspruch und bietet die Möglichkeit, zügig viele Lehrkräfte entsprechend zu qualifizieren. Andernorts werden Teilzeitlehrkräfte aufgestockt und auch pensionierte Lehrkräfte wurden angefragt, ob sie sich stundenweise einbringen können.

Zudem gibt es in den Ländern verschiedene Sondermaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Deutsch als Fremdsprache (DaF).

Auch in der grundständigen Lehrkräfteausbildung spielt der Erwerb von Kompetenzen in den Bereichen Umgang mit Heterogenität, Sprachförderung, DaZ und interkulturelles Lernen eine zunehmende Rolle.

3 Berufliche Bildung – Kernstück der Integrationsarbeit

Ein weiteres zentrales Ziel der Länder ist es, Flüchtlinge in eine berufliche Ausbildung zu bringen. Die berufliche Integration und die Teilhabe am Arbeitsleben sind wesentliche Voraussetzungen für eine langfristig erfolgreiche soziale Integration in die Gesellschaft. Doch nur ein kleiner Teil dieser Menschen bringt die für eine unmittelbare berufliche Integration erforderlichen Kompetenzen und Voraussetzungen bereits mit.

Nur wenige verfügen über ausreichende Sprachkenntnisse und bei vielen liegt das Niveau der allgemeinen Schulbildung weit unter den formalen Abschlüssen in Deutschland. Die meist informell erworbenen beruflichen Kompetenzen entsprechen – soweit vorhanden – häufig nicht den Kompetenzprofilen deutscher Berufsbilder.

Für eine schnelle und zielgerichtete Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive müssen nun der Bund und die Länder bestehende Instrumente zur Förderung in der Berufsvorbereitung und Ausbildung sowie zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt bedarfsgerecht einsetzen sowie weiterentwickeln. Hierzu haben sich die Bundesregierung und die Regierungschefs der Länder in dem „Gemeinsamen Konzept von Bund und Ländern für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen“ am 22. April 2016 verabredet.

Exemplarisch möchte ich Bayern nennen, das für die Beschulung von Flüchtlingen für das laufende Jahr 160,7 Millionen Euro zusätzlich im Nachtragshaushalt bereitgestellt hat. An den Berufsschulen kann Bayern in 2016 die Zahl der auf 2 Jahre angelegten Berufsintegrationsklassen flexibel und nach den Bedarfen vor Ort auf 1200 ausweiten. Mit welcher finanziellen und perso-

nellen Kraftanstrengung dies zu bewältigen ist, wird deutlich, wenn bekannt ist, dass es im Februar 2016 500 dieser Berufsintegrationsklassen in Bayern gab.¹

Auch andere Länder sind dabei, ihre Maßnahmen in diesem Bereich massiv auszuweiten, Hamburg z. B. bietet seit Februar 2016 eine „Dualisierte Ausbildungsvorbereitung“ mit integrierter betrieblicher Sprachförderung als Regelangebot für alle neu zugewanderten Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren an, die über keinen Ausbildungsplatz verfügen und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.²

Bei den nicht mehr schulpflichtigen jungen Menschen verteilen sich die Zuständigkeiten auf Bund und Länder. Vor diesem Hintergrund haben Anfang 2016 die Kultusministerkonferenz und die zuständigen Bundesministerien und Fachministerkonferenzen Verabredungen zur besseren Abstimmung und Verzahnung und zum passgenauen Ausbau bestehender Maßnahmen und Förderinstrumente von Bund und Ländern getroffen. In diesem Zusammenhang wurden auch weitere Handlungsbedarfe zur Integration junger Geflüchteter in Ausbildung und Arbeit identifiziert.

Hierbei sind u. a. zu nennen:

- Integrationskurse zur allgemeinen und für die berufsbezogene Sprachförderung für Asylberechtigte und Asylsuchende mit hoher Bleibeperspektive,
- Anschlussfähigkeit zwischen den Sprach- und Berufsorientierungskursen,
- direkte Abstimmung und Verknüpfung von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Länder zur Ausbildungsförderung,
- zielgruppenorientierte Weiterentwicklung der Potenzialanalyse zur Einschätzung der Ausgangsvoraussetzungen,
- schnelle Bewertung und Anerkennung von im Ausland erworbenen formalen und non-formal erworbenen beruflichen Kompetenzen.

Für die Kultusministerkonferenz hat die betriebliche Ausbildung im dualen System höchste Priorität. In den Ländern wird zu prüfen sein, ob man die schulischen Angebote für Ausbildungen in Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsberufen ausweitet. Hier sehen wir Potenzial für die Deckung des Fachkräftebedarfs.

Für die Bildungspolitik stellt sich nicht die Frage, ob wir den Integrationsprozess angehen, sondern wie wir ihn gestalten. Um den Gedanken des Bundespräsidenten aufzugreifen: Je früher wir in Kindergärten, Schulen und Betrieben mit der Integration durch Bildung beginnen, umso besser: Für die Flüchtlinge selbst, aber auch für unsere Gesellschaft.

Verf.: Udo Michallik, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Taubenstr. 10, 10117 Berlin, E-Mail: Udo.Michallik@kmk.org

1 Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 18.02.2016 (<http://www.bayern.de/bayerns-kultusminister-dr-ludwig-spaenle-im-landtag-zu-den-enormen-anstrengungen-des-frei-staats-bayern-junge-fluechtlinge-zu-unterrichten/>).

2 <https://hibb.hamburg.de/bildungsangebote/berufsvorbereitungsschule/bildungsangebote-fuer-migrantinnen-und-migranten/>